

DER COUNTDOWN LÄUFT

Der Aargau vor der Wahl



Im Oktober entscheidet die Aargauer Stimmbevölkerung über die Zukunft unseres Kantons. Es geht um vieles! Unser Kanton muss sozialer, ökologischer und feministischer werden. Als Gesellschaft stehen wir vor wichtigen Herausforderungen. Die Folgen der Klimakrise sind spürbar und bedrohlich. Die sinkende Kaufkraft verschärft die sozialen Spannungen in unserem Land. Alles wird teurer und die Preise steigen, Löhne und Renten halten nicht mit. Gleichzeitig fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Menschen mit geringerem Einkommen werden immer stärker verdrängt. Unsere Gesellschaft verändert sich grundlegend. Die demographische Entwicklung wird unser Zusammenleben verändern. Wir müssen es neu denken.

Als Sozialdemokrat:innen nehmen wir die Sorgen unserer Mitbürger:innen ernst – und wir haben die richtigen Antworten auf die drängendsten Fragen und Herausforderungen.

Im Herbst geht es um vieles! Wir müssen alle mit anpacken. Der Regierungsrat muss die ganze Breite und Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln. Wir sind die soziale und ökologische Stimme unseres Kantons. Als SP können und müssen wir im Grossen Rat stärker werden.

Jetzt geht es darum, dass wir überall aktiv für einen vielfältigen, offenen und fortschrittlichen Aargau werben. Für die Wahlen müssen wir alle unsere Kräfte mobilisieren, um unser Wählerpotential auszuschöpfen. Gehen wir es an! Gemeinsam!

Stefan Dietrich von Bremgarten ist SP-Grossrat und Co-Präsident der SP Aargau. Er kandidiert im Oktober wieder für den Grossen Rat.

unsplash – Dylan Gillis



Dieter Egli von Windisch ist Aargauer SP-Regierungsrat. Er kandidiert im Oktober 2024 wieder für das Regierungsamt.

Im Kanton Aargau gibt es über 45 000 Unternehmen. Als Volkswirtschaftsminister versuche ich, mich mit möglichst vielen von ihnen regelmässig auszutauschen. Ich bin immer wieder überrascht, wie vielfältig sie sind, wie viele hochstehende Produkte sie vor allem auch als Zulieferer für die internationale Industrie entwickeln. Oft sind sie unscheinbar und ihre Namen weniger bekannt. Sie sind aber innovativ, international vernetzt und können mit ihren Produkten im globalen Markt bestehen.

So vielfältig die Unternehmen im Aargau sind, so einheitlich ist letztlich ihr Ziel: Sie wollen erfolgreich sein und Gewinn erwirtschaften. Das bedeutet Wertschöpfung für den Kanton in Form von Steuereinnah-

men. Vor allem bedeutet es über 300 000 Arbeitsplätze – für Menschen, die hier leben, weil sie interessante Arbeit haben und ein Auskommen finden. Und auch sie leisten einen Beitrag an die Steuereinnahmen, mit denen wir die Infrastruktur in unserem Kanton finanzieren, von der die Unternehmen wiederum profitieren.

Wirtschaft und Staat bedingen einander also. Das ist Wirtschaftspolitik: Einerseits braucht es Regulierung, damit die Unternehmen ihre Verantwortung gegenüber den Angestellten, der Gesellschaft und der Umwelt wahrnehmen. Andererseits versuchen wir für die Unternehmen ein gutes Umfeld zu bieten – mit einer unkomplizierten Verwaltung, die die Regulierung vernünftig umsetzt.

Ziel ist auch, neue Unternehmen und damit interessante Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung in den Aargau zu holen – nicht mit Steuererleichterungen oder finanzieller Unterstützung, wie das teilweise mit der Industriepolitik im Ausland geschieht, dafür haben wir kein Geld.

Aber mit Innovationsförderung, die vor allem den KMU helfen soll, erfolgreicher zu sein und zu wachsen: Wir bringen sie zusammen mit den vorzüglichen Forschungseinrichtungen, die wir im Kanton haben – zum Beispiel der Fachhochschule oder dem Paul Scherrer Institut. Aus dieser Zusammenarbeit sollen Ideen entstehen – und dann vor allem Produkte, die Probleme lösen und neue Bedürfnisse befriedigen und deshalb erfolgreich sind. Dafür gibt es das Hightech Zentrum in Brugg, das bereits 3000 KMU beraten hat.

Diese Vernetzung soll vor allem im Hightech-Bereich geschehen, beim Einsatz von erneuerbaren Energien und bei der Entwicklung von Technologien, die den CO₂-Ausstoss einschränken und verhindern. Das ist für die Unternehmen eine riesengrosse Chance.

Diese Wirtschaftspolitik bewirkt vernünftiges, verantwortungsvolles Wachstum, für einen Kanton, in dem man gut arbeiten und vor allem gut leben kann. Dafür will ich mich auch weitere vier Jahre einsetzen.

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
213 · Ausgabe AG · Juni 2024



Wirtschaftspolitik für vernünftiges Wachstum

Wir ergreifen Partei für einen sozialen Aargau

Wahlprogramm der SP Aargau

Die SP Aargau setzt sich ein für einen solidarischen und nachhaltigen Aargau, der sich am Wohl der Schwächsten orientiert.

Wir wollen einen Aargau, in dem jede:r Einzelne die Möglichkeit hat, ein gutes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Um diese Ziele zu erreichen, braucht es ein gerechtes Steuersystem, eine Stärkung der Kaufkraft im Aargau und eine nachhaltige Gesellschaft, die die natürlichen Ressourcen schon und schützt.

Die aktuelle Situation im Aargau

Im Kanton Aargau zeichnet sich ein besorgniserregendes Bild ab. Die Steuerpolitik ist kurzfristig, der Zugang der Menschen zum Service Public wird weiter abgebaut und die Umweltbelastung nimmt zu.

Steuerergeschenke an Reiche und Unternehmen vertiefen die soziale und wirtschaftliche Kluft weiter. Gleichzeitig kämpft der Mittelstand mit steigenden Lebenshaltungskosten – von den Krankenkassenprämien über die Mieten bis hin zu den Stromkosten.

Öffentliche Dienstleistungen wie der öffentliche Verkehr, Bildungseinrichtungen und die Gesundheitsversorgung geraten immer stärker unter Druck. Diese Entwicklungen gefährden nicht nur die Lebensqualität im Kanton, sondern auch die Chancengleichheit und den sozialen Zusammenhalt. Das ist keine Grundlage für eine ökologische und solidarische Zukunft!

Die SP Aargau will diesen Trend umkehren. Deshalb setzt sich die SP konsequent für die Lebensqualität der Bevölkerung ein, indem sie die Themen Klimaschutz, Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit miteinander verknüpft.

Wirtschaft und Kaufkraft

Die Steuerpolitik im Kanton Aargau ist ein Paradebeispiel für das Versagen der bürgerlichen Mehrheit: Das Steuerdumping begünstigt einzig Wohlhabende und Grossunternehmen. Der Kanton zeigt sich zudem geizig, wenn es um die Entlastung des Mittelstandes geht. Diese Entwicklung bringt unsere soziale Sicherheit ins Wanken.

Der Mittelstand und sozial Schwächere spüren zunehmend den Kaufkraftverlust durch höhere Strom- und Mietpreise sowie durch höhere Krankenkassenprämien. Beispiele dafür gibt es zuhauf: Immer mehr Familien können sich keine Freizeitaktivitäten mehr leisten und müssen sich weiter einschränken. Arztbesuche werden aus Angst vor der Franchise verschoben. Rentner:innen müssen fürchten, ihre Wohnung nicht mehr bezahlen oder sich keine Ausflüge mehr leisten zu können.

- Deshalb fordert die SP Aargau, dass sich Personen mit höherem Einkommen und finanzstarke Konzerne stärker an den Staatsausgaben beteiligen. Ausserdem wird eine Wiedereinführung der Erbschaftssteuer gefordert.
- Deshalb setzte sich die SP Aargau für die Prämien-Entlastungs-Initiative ein – diese verlangte, dass zukünftig kein Haushalt mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämie aufwenden muss. Nach der Ablehnung der Initiative durch das Volk am 9. Juni 2024 bereitet die SP einen neuen Vorstoss in Bern für eine soziale Gesundheitsversorgung vor. Zudem fordern wir die vollständige Verwendung der verfügbaren Prämienverbilligungsgelder auf kantonaler Ebene.

- Deshalb fordert die SP Aargau mehr bezahlbaren Wohnraum.

Ebenso setzt sich die SP Aargau weiterhin für einen innovativen Wirtschafts- und Forschungsstandort ein, der die Interessen der Aargauer Bevölkerung ins Zentrum stellt.

Klimakrise

Die Klimakrise ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Der Kanton hat gemäss Kantonsverfassung den Auftrag, für eine umweltgerechte Energieversorgung und für Biodiversität zu sorgen. Aber seit Jahren geschieht nichts. Auch baute der Kanton Aargau das ÖV-Netz zu wenig aus. Die bisherigen Massnahmen reichen bei weitem nicht aus, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschen, die Landwirtschaft und das ökologische Gleichgewicht zu verringern.

- Die SP Aargau fordert deshalb, dass alle geeigneten Gebäude mit Photovoltaik ausgestattet werden und das Potential der Geothermie ausgenutzt wird.
- Die SP Aargau setzt sich dafür ein, dass eine alte Heizung nicht durch eine fossile Heizung ersetzt wird. Denn selbst neue Wärmepumpen sind heute deutlich billiger als alte Ölheizungen.
- Die SP Aargau fordert die Stärkung des öffentlichen Verkehrs und der sanften Mobilität, insbesondere der Fahrradinfrastruktur.
- Die SP Aargau ist gegen den kostspieligen Autobahnausbau. Dieser lässt wichtige Fruchtfolgenflächen der Landwirtschaft verschwinden und führt zu einem Mehrverkehr der anliegenden Gemeinden.



Service Public

Ein starker Service Public ist die Grundlage für ein gutes Leben im Kanton Aargau. Kitas, Schulen, ein stabiles Gesundheitssystem, ein gutes Postnetz und ein zuverlässiger und gut ausgebauter öffentlicher Verkehr: Dieser Service Public ist nötig für mehr Gleichstellung, mehr Klimaschutz und für eine Stärkung der Kaufkraft. Doch im Aargau wurde er abgebaut, und der dringend nötige Aufbau wurde verschlafen.

Gesundheitspolitik

Die Kosten für das Gesundheitssystem sind für die Bevölkerung eine extreme Belastung. Problematisch ist einerseits das System, welches eine Mengenausweitung in den rentablen Bereichen belohnt und die Kosten über das extrem unfaire System der für alle gleich hohen Krankenkassenprämien abrechnet. Gleichzeitig kämpft das Gesundheitswesen mit dem Fachkräftemangel, und es ist aktuell nicht möglich, in den Bereichen der Hausarztversorgung, der Psychiatrie und der Pädiatrie die Grundversorgung sicherzustellen. Um dies zu erreichen, fordern wir auch eine bessere Kooperation und Koordination der Dienstleistungen und setzen uns für die Digitalisierung im Gesundheitswesen ein. Das stark fragmentierte Aargauer Gesundheitssystem, das nach den Regeln der Profitlogik aufgestellt ist, gilt es in ein Gesundheitswesen zu überführen, welches die Versorgung der Aargauer Bevölkerung auf eine möglichst effiziente und patientenzentrierte Weise garantiert. Dazu braucht es eine straffe kantonale Führung, faire Arbeitsbedingungen, eine überkantonale Planung und die Umstellung auf sinnvolle Anreize und Lenkungsmechanismen.

- Die SP fordert eine Abkehr von der Profitorientierung hin zu einem guten Service Public.
- Die SP fordert eine soziale Finanzierung, die den unterschiedlichen Einkommens- und Vermögensklassen gerecht wird. Nachdem die Prämien-Entlastungs-Initiative am 9. Juni vom Volk abgelehnt wurde, bereitet die SP einen neuen Vorstoss in Bern für eine soziale Gesundheitsversorgung vor.
- Die SP fordert bessere Arbeitsbedingungen, nicht nur durch eine sinnvolle Umsetzung der Pflegeinitiative, sondern auch durch Verbesserungen für die anderen Berufe im Gesundheitswesen.
- Die SP fordert eine sofortige Unterstützung der Grundversorgung und eine rasche Verbesserung der Bedingungen für Hausärzt:innen, Kinderärzt:innen und Psychiater:innen.

Bildung

Das Bildungswesen wurde heruntergespart. Im Aargau fehlen Lehrpersonen, und Schulzimmer sind überbelegt. Deshalb hat sich auch die Chancengerechtigkeit massiv verschlechtert. Nicht alle Familien haben die Möglichkeit, die Defizite im Bildungswesen privat zu kompensieren.

Ein starkes Bildungssystem schafft Perspektiven, reduziert den Fachkräftemangel und stärkt langfristig den sozialen Zusammenhalt. Lehrpersonen sind der Rückhalt unseres Bildungssystems. Sie gilt es zu stärken.

- Die SP Aargau setzt sich für mehr ausgebildete und nicht überlastete Lehrkräfte ein.

- Die SP Aargau fordert genügend finanzielle und personelle Mittel, um die integrative Schule sicherzustellen.

Es braucht genügend modernen Schulraum und die dafür nötigen Investitionen.

Gleichstellung

Im Kanton Aargau ist die Gleichstellung der Geschlechter noch lange nicht erreicht. Das wird ersichtlich an der unzureichenden finanziellen Unterstützung für Kitas und der fehlenden Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch die Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung zeigt, dass die Gleichstellung bislang keine hohe Priorität im Aargau genießt. Diese Probleme sind nicht isoliert zu betrachten, sondern stehen in direktem Zusammenhang mit der allgemeinen Vernachlässigung des Service Public und der sozialen Gerechtigkeit.

- Deshalb fordert die SP Aargau flächendeckend ausreichende, qualitativ hochwertige und bezahlbare Kitas.
- Die SP Aargau fordert die Wiedereinführung der Fachstelle für Gleichstellung, um Ungleichheiten im Kanton Aargau festzustellen und zu begegnen sowie Institutionen und Menschen zu beraten.
- Die SP Aargau fordert die Einführung von Lohnkontrollen bei allen Unternehmen. In Zukunft darf es nicht mehr möglich sein, dass eine Frau bei gleichwertiger Arbeit weniger verdient als ein Mann.

Das Wahlprogramm wurde am ausserordentlichen Parteitag vom 25. April 2024 beschlossen.

CampaignerIn für die Grossratswahlen vom 20. Oktober 2024

Die Campaigner Romano Zaugg und Moritz Bider und die Campaignerin Janina Opiela unterstützen die SP Aargau bei den Grossratswahlen im Oktober. Hier stellen sie sich vor.



Romano Zaugg

Ich bin Romano (er) und noch knapp in meinen 20ern. Ich wuchs in Graubünden auf und nach Zwischenstopps in Kalifornien, Luzern, Reykjavík und Zürich bin ich zehn Jahre später in Basel gelandet, wo ich momentan glücklich lebe.

Meinen Bachelor machte ich in Kunst und Vermittlung; nun bin ich daran, an der HGK FHNW das entsprechende Masterdiplom zu erlangen, um am Gymnasium Bildnerisches Gestalten unterrichten zu können. Ich arbeite sehr gerne eng mit Menschen zusammen, was mir sowohl in der Kunst als auch in der Vermittlungstätigkeit und sicher auch in der Campaigning-Arbeit zugutekommt.

Seit Februar 2024 bin ich im Vorstand meines lokalen baselstädtischen SP-Quartiervereins (Sektion). Alle politisch linken Anliegen sind mir wichtig, aber mein Feuer brennt vor allem für gesellschaftliche Bereiche, die sich um Inklusion, Gleichberechtigung sowie Bildungs- und Kulturpolitik drehen.

Ich freue mich auf die Campaigning-Arbeit im Kanton Aargau, einem Ort, der zwischen allen Städten liegt, in denen ich bisher gelebt habe und den ich primär vom Zugfenster aus kenne. Mit viel Motivation möchte ich dies ändern, die Aargauer Grossrats-Kandidierenden kennenlernen und bei einem grossen linken Erfolg mitwirken!

Romano Zaugg von Basel
ist bis im Oktober 2024 Campaigner
der SP Aargau.



Janina Opiela

Ich heisse Janina, bin 19 Jahre alt und komme aus Zürich. Für den Wahlkampf in diesem Jahr bin ich eine der drei Campaigner*innen. Letztes Jahr habe ich mit dem Majo Politikwissenschaft Studium begonnen, bei dem ich jetzt jedoch pausiere, um mich nicht nur in der Theorie, sondern auch praktisch mit der Politik zu beschäftigen und auseinanderzusetzen.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass alle das Recht auf ein Leben in Würde und mit gleichen Chancen haben. Leider haben wir das in der Schweiz immer noch nicht erreicht. Es ist unsere Aufgabe, dies Schritt für Schritt auf städtischer, kantonaler und nationaler Ebene zu realisieren. So war es für mich schon immer klar, dass ich mich aktiv engagieren will, um Änderungen voranzutreiben und den Menschen in der Schweiz ein besseres Leben zu ermöglichen. In meinem Studium, welches sich mit vielen theoretischen Ansätzen befasste, mir aber nie das Gefühl gab, mich nützlich zu fühlen, wurde mir bewusst, dass praktische Arbeit in der Politik mir mehr entspricht.

Ich selbst halte nicht gern Reden, das überlasse ich lieber den Kandidierenden, welche ich im Hintergrund tatkräftig unterstützen werde und so den Wahlkampf motiviert mitgestalte. Mit meinen Arbeitskolleg*innen werde ich selbstverständlich mein Bestes geben, die Stimmberechtigten von der SP und deren Kandidat*innen zu überzeugen, um den Aargau sozialer, linker und gerechter zu gestalten.

Janina Opiela von Zürich
ist bis im Oktober 2024 Campaignerin
der SP Aargau.



Moritz Bider

Ich bin Moritz, und mit meinen 23 Jahren der Mittlere in unserem kleinen Campi-Aargau-Team. Aufgewachsen bin ich in Horw in einer sehr politikinteressierten Familie. Das Ende meiner Gymi-Zeit war eine Zeit intensiver politischer Auseinandersetzung in der Schweiz. Damals verschafften die Klimastreikbewegung und die Konzernverantwortungsinitiative zwei wichtigen Themen eine neue Bedeutung im politischen Diskurs. Beide Themen haben mich zu dieser Zeit stark interessiert und persönlich sowie politisch geprägt.

Mit dieser Politisierung im Rücken wurde mir bald klar, dass ich auch beruflich in der Politik tätig werden möchte, weswegen ich mich wie Janina für das Studium in Politikwissenschaft an der Uni Zürich entschieden habe.

Während diesem Studium sind für mich weitere wichtige Themen hinzugekommen, allem voran wurde mir der Wert einer intakten Gesellschaft, in der jeder und jede teilhaben und sich entfalten kann, bewusst.

Mit den Schwerpunkten soziale Gerechtigkeit, Inklusion und dem Klimaschutz deckt die SP meine politischen Anliegen somit optimal ab. Deswegen bin ich hochmotiviert, diesen Herbst nach dem – leider – grossen Wahlsieg der Rechten kürzlich bei den Europawahlen mit einem Wahlsieg im Aargau ein linkes Gegensignal zu senden.

Moritz Bider von Horw
ist bis im Oktober 2024 Campaigner
der SP Aargau.

Wohnen, Mieten und Bauen

Bezahlbarer Wohnraum für alle ist ein Menschenrecht. Boden ist ein kostbares Gut, das nur begrenzt verfügbar ist und allen zur Verfügung stehen muss. Spekulation und Profitgier treiben die Mieten immer weiter in die Höhe. Um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, brauchen wir faire Mieten, eine Kontrolle der Bodenpreise und die Förderung von gemeinnützigem Wohnbau.

Die Wohnkosten stellen einen wesentlichen Teil der monatlichen Ausgaben der Haushalte dar und bestimmen dadurch die Kaufkraft wesentlich mit. Anstatt spezielle Wohnzonen für Reiche zu schaffen, müssen wir verdichtet bauen, unsere Mobilität überdenken (Wohnpolitik ist auch Verkehrspolitik) und das wertvolle Agrarland besser schützen. Gemeinden sollten ihr Bauland nur in Ausnahmefällen verkaufen, und für nachhaltiges Einkommen im Baurecht zur Verfügung stellen. Nur so erreichen wir unser Ziel von erschwinglichem Wohnraum für alle.

Wohnbauförderung ist in der Bundesverfassung (Art. 41) und in der Aargauer Kantonsverfassung (Art. 47) geregelt, wird aber nur teilweise umgesetzt. Die Gemeinden haben über ihre Bau- und Nutzungsordnung (BNO) ein bedeutendes Instrument für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung. Leider wird aber auch auf dieser Ebene zu wenig unternommen. Wir haben es in der Hand, dies bei den Revisionen der BNO in den Gemeinden zu ändern.

Für die entsprechenden Planungskommissionen hat die Arbeitsgruppe Wohnraum SP Aargau Arbeitshilfen erstellt. Eine Toolbox sowie spezielle BNO-Merkblätter für gemeinnützigen Wohnbau (Teil 1)



Werner Erni von Möhlin ist Elektrotechniker und Co-Präsident im Fachausschuss Siedlungsentwicklung, Verkehr, Natur und Landschaft. Er kandidiert im Oktober für den Grossen Rat.

und neu auch einen Teil 2 zu energetischen Aspekten. Weiter unterstützt die Arbeitsgruppe über den Fachausschuss Siedlungsentwicklung, Verkehr, Natur und Landschaft SVNL die Grossratsfraktion in der Erarbeitung von Vorstössen.

Rezepte gegen Wohnungsnot: Gemeinnützige Bauträger

Gemeinnützige Bauträger haben im Aargau keine grosse Tradition. Nur gut 2 Prozent des gesamten Wohnraumbestands von rund 350'000 Einheiten befinden sich im Besitz von Wohnbaugenossenschaften ohne Gewinnstreben. Damit liegt der Aargau weit unter dem landesweiten Mittelwert von gut 5 Prozent.

Ein Grund dafür liegt am Nichtvorhandensein von grossen Städten, in denen der Druck auf Immobilien stets grösser ist und sozialdemokratisch geprägte Milieus und Stadträte das genossenschaftliche Wohnen begünstigen. Die Wohnungsfürsorge für ihre Angestellten durch Firmen wird nicht mehr gepflegt.

Genossenschaften entstanden als Selbsthilfeorganisationen in Krisenzeiten mit drückendem Wohnungsmangel. In der Stadt Zürich als herausragendes Beispiel gründeten in den 1910er- und 1920er-Jahren Bundespersonalverbände mit Unterstützung der Stadt die grossen

Kooperativen, deren erfolgreiches Wirken zur einmaligen Situation führte, dass seit Jahrzehnten rund ein Viertel aller Wohnungen in der grössten Stadt der Schweiz der Spekulation entzogen sind. Davon profitieren noch heute viele, und das führt zur breiten Akzeptanz des Modells.

Im Aargau wurden erste Genossenschaften erst nach dem zweiten Weltkrieg gegründet. Diese sind zwar ebenfalls erfolgreich, aber sie kommen der Nachfrage kaum nach. Sie werden im Kanton aber auch nicht durch die öffentliche Hand gefördert, zum Beispiel indem Land im Allgemeinbesitz zur Verfügung gestellt oder im Baurecht abgegeben wird, obwohl dies in der Kantonsverfassung vorgesehen ist. Die Verwechslung von eigenfinanziertem, bezahlbarem Wohnraum in Kostenmiete mit subventionierten Sozialwohnungen soll grundsätzlich vermieden werden.

Mieten

Die Mieten steigen laufend, solange Wohnraum knapp ist. Abhilfe würde die Kostenmiete schaffen, wie sie gemeinnützige Wohnbauträger anwenden. Wie in anderen Kantonen würde auch Transparenz bei Vormieten helfen, um Missbrauch zu vermeiden. Ein Vorkaufsrecht für Gemeinden bei Verkäufen von Land und Gebäuden könnte helfen, dass bei Handänderungen die Mieten nicht steigen.

Die **Merkblätter** können über das SP-Sekretariat bei der Arbeitsgruppe bezogen werden.

Die **Arbeitsgruppe** trifft sich 2–3 Mal pro Jahr. Interessierte können sich gerne melden bei werner.erni@sp-moehlin.ch.

Aktueller Film:

www.zeitgeschichte-aargau.ch/film-und-bild/genossenschaftliches-wohnen

Kostenmiete	wahre Kosten für Betrieb/Unterhalt, kein Gewinnabfluss, nicht subventioniert
Genossenschaft	Rechtsform für Miteigentum und Mitbestimmung
Gemeinnützig	der Allgemeinheit dienend, nicht gewinnorientiert, ohne Gewinnabfluss
Gemeinnützige Bauträger	Genossenschaft, Aktiengesellschaft mit Gemeinde
BNO	Bau- und Nutzungsordnung (jede Gemeinde muss diese alle 15 Jahre revidieren)
FA SVNL	Fachausschuss Siedlung, Verkehr, Natur, Landschaft. Kantonales Co-Präsidium Gabi Lauper Richner + Werner Erni. Raum, Umwelt, Mobilität und Energie sind eng miteinander verknüpft. Deshalb arbeiten wir häufig mit dem FA Energie & Klima zusammen.

INKLUSIONS-INITIATIVE

**André Rehmanns
Gründe****André, was bedeutet Dir die Inklusions-Initiative?**

Es ist mir ein grosses Anliegen, Menschen mit einem Handicap – welcher Art auch immer – in unserer Gesellschaft sichtbar zu machen. Die Initiative zeigt auf, dass es in der Schweiz nach wie vor viele Baustellen und Hürden bezüglich Integration von Menschen mit einer Beeinträchtigung gibt. Ich bin überzeugt, dass wir mit der Initiative aufzeigen können, dass noch sehr viel Potential für unsere Gesellschaft vorhanden ist, wenn wir Menschen mit Handicap ganz selbstverständlich ins alltägliche Leben einbeziehen.

Wo bist Du im Alltag und beruflich blockiert ohne Inklusion?

Da gäbe es unzählige Beispiele. Als Mensch mit einer starken Sehbeeinträchtigung wäre es mir unmöglich, ohne entsprechende Hilfsmittel wie Software am Arbeitsplatz meinem Beruf in einem Reiseunternehmen nachzugehen oder meinen Arbeitsweg gefahrlos mit meinem Blindenführhund Mysak zu bewältigen. Gerade im Alltag mit dem Einkauf beispielsweise wäre ich allerdings froh um mehr Inklusion, da haben viele Supermärkte noch Potential, damit ein selbständiger Einkauf möglich wäre.

Du kandidierst im Herbst für den Grossen Rat. Wofür willst Du Dich einsetzen?

Selbstverständlich sind mir die Anliegen von Menschen mit einem Handicap ein grosses Anliegen. Wie bereits erwähnt, bin ich überzeugt, dass da noch so viel Potential für unsere Gesellschaft schlummert. Zudem möchte ich mich für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Energie- und Klimapolitik einsetzen. Und auch eine adäquate Unterstützung von Familien mit Kindern liegt mir am Herzen.

André Rehmann von Klingnau kandidiert im Oktober auf der SP-Liste für den Grossen Rat.

INKLUSIONSINITIATIVE

Für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

In der Schweiz leben rund 1,7 Millionen Menschen mit einer Behinderung. Tagtäglich stossen diese Menschen auf zahlreiche Barrieren, die es ihnen verunmöglichen, am gesellschaftlichen Leben selbstbestimmt und autonom teilzunehmen.



Der Jurist Vasco Rohr von Oberentfelden ist Co-Präsident der SP Entfelden. Er kandidiert im Oktober 2024 für den Grossen Rat.

Obwohl die Schweiz die UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) ratifiziert hat und über ein Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) verfügt, werden die grundlegenden Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen äussert langsam oder sogar überhaupt nicht umgesetzt, insbesondere auf kantonaler Ebene.

Es braucht also einen klaren Auftrag von Volk und Ständen in der Bundesverfassung. Darum lancierte der Verein für eine inklusive Schweiz die Inklusionsinitiative, um Worten Taten folgen zu lassen. Die Initiative fordert eine konsequente Umsetzung der UNO-BRK auf nationaler, kantonaler sowie auf kommunaler Ebene.

Inklusion ist ihrer Natur nach ein weitreichendes Thema und umfasst eine Vielzahl von Lebenssituationen, die sich nicht auf einzelne Aspekte reduzieren lassen. Dennoch lassen sich zentrale Forderungen aus der Initiative ableiten. Im Zentrum der Initiative steht die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben – etwas, das für Menschen ohne Behinderungen eine Selbstverständlichkeit ist. Menschen mit Behinderungen sollen autonom und selbstbestimmt entscheiden können, wo und mit wem sie leben, sich aus- und weiterbilden, arbeiten oder den öffentlichen Verkehr nutzen.

In der Schweiz leben rund 150 000 Menschen mit Behinderungen in einer Institution. Das immer noch dominierende System ist auf stationäre Leistungen ausgerichtet. So gibt es in der Schweiz mit dem Gesetz

über die Institutionen zur Förderung und Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) zwar ein Rahmengesetz für stationäre Leistungen, jedoch fehlt eine solche Regelung für den ambulanten Bereich. Daraus ergibt sich ein uneinheitliches, kantonale stark unterschiedliches Angebot von ambulanten Leistungen. Menschen mit Behinderungen haben somit effektiv kaum Wahlfreiheit, ob und wo sie in einem Heim leben wollen oder nicht.

Eine weitere grundlegende Voraussetzung für die Förderung von Chancengleichheit ist eine gleichberechtigte Partizipation am Arbeitsleben. Arbeit ermöglicht es Menschen mit Behinderungen, nicht nur eine höhere finanzielle Sicherheit zu erlangen, sondern auch soziale Integration und Selbstständigkeit zu fördern. Obschon Menschen mit Behinderungen arbeiten wollen, bleiben sie oft ohne Arbeitsplatz, da die erforderlichen baulichen, technischen oder organisatorischen Anpassungen nicht vorgenommen werden. Daher überrascht es kaum, dass die Integrationsquote von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt bei etwa 68 Prozent liegt, bei Menschen ohne Behinderungen bei rund 85 Prozent.

Selbstbestimmte und autonome Teilnahme an unserer Gesellschaft erfordert letztendlich auch Mobilität. Etwa zwei Drittel der Bushaltestellen und ein Drittel der Zughaltestellen in der Schweiz sind aber immer noch nicht barrierefrei zugänglich.

Obwohl die Anforderungen der UNO-BRK klar sind, ist weiterhin das grösste Hindernis für Menschen mit Behinderungen unser für Menschen ohne Behinderungen geschaffenes System. Die Inklusionsinitiative strebt genau diesen Paradigmenwechsel im schweizerischen System an und zielt darauf ab, sicherzustellen, dass alle Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben und mitbestimmen können.

ATOMMÜLL

Der grösste Schwachpunkt im Schweizer Tiefenlagerprojekt: Kein Plan B.

Am OPALINUS EXCHANGE vom 7. Mai 2024 haben sich die Teilnehmer:innen mit der Frage beschäftigt, was am 19. November 2024 auf die Öffentlichkeit zukommt, wenn die Nagra das Rahmenbewilligungsgesuch einreicht. Die ernüchternde Antwort ist: Nicht viel. Denn die Nagra wird die an diesem Datum eingereichte umfangreiche Dokumentation erst einige Monate später veröffentlichen, nach bestandener Vollständigkeitsprüfung durch die Bundesbehörden. Damit ja nichts schiefeht. Im Gespräch wurde klar: Für die Nagra gibt es keinen Plan B. Der 19.11.2024 ist ein weiterer Wegpunkt in einer Einbahnstrasse, wo es keine Abzweigungen und keine Möglichkeiten zur Umkehr mehr gibt. Was, wenn etwas nicht klappt? Dann bringt man es irgendwie zum Klappen. Plan B? Fehlanzeige.

In der Nagra-Broschüre 500m+, Ausgabe 2/2023, wird die Stimmungslage in der Region Nördlich Lägern wie folgt beschrieben: «Die Aufregung (darüber, dass das Tiefenlager nach Nördlich Lägern kommt) ist inzwischen Pragmatismus gewichen. Schnell haben die meisten Anwohner:innen den Blick auf die Zukunft gerichtet.»

Dieses Statement impliziert unausgesprochen, dass der Entscheid für die Region Nördlich Lägern bereits gefallen ist. Als ob das ENSI das Projekt schon genehmigt, der Bundesrat seinen Beschluss bereits gefasst, das Parlament diesen validiert hat und das Referendum entweder nicht zustande kam oder abgelehnt wurde.

Man weiss aus der Psychologie, was solche einseitig suggestiven Berichterstattungen bewirken: Sie vernebeln den Blick für die Alternativen. Sie gaukeln vor, dass es nur eine Lösung gibt, in diesem Fall die der Atomlobby, und dass eine Diskussion über andere Optionen sinnlos ist.

Eine solche Art von Vereinnahmung kann das USBT* nicht gutheissen. In jedem wichtigen Projekt wird mit Optionen und Alternativen gearbeitet. Und zwar nicht nur, ob die Fassaden grün oder blau gestrichen werden, ob allenfalls doch eine



Dr. phil. Harald Jenny von Nesslau berät als Physiker bei Sicoa AG in Neuhausen diverse Firmen in den Bereichen Strategie und Innovation.

Mit dem Thema radioaktive Abfälle beschäftigt er sich seit über 15 Jahren. Der Text wurde dem Blog Nuclear Waste vom 18. Mai 2024 entnommen und mit Genehmigung von Harald Jenny für links.ag gekürzt.

Rampe und kein Schacht gebaut werden soll, sondern grundsätzlich: Ob es richtig ist, das Tiefenlager in der dichtbesiedelten Region Zürich zu bauen, mit einer Oberflächenanlage direkt in der Anflugschneise zum Flughafen. Ob es Sinn macht, intensiv genutztes, bestes Landwirtschaftsland zu opfern. Ob es verantwortbar ist, so nahe am Rhein und im Einzugsbereich von Thermalquellen zu bauen, wo warmes Wasser das Tiefenlager umfließt.

Die Nagra ist für solche Fragen taub. Mental ist sie seit längerem in einer Einbahnstrasse ohne Seitenabzweigungen, und die Strasse ist so eng, dass man nicht mehr umdrehen kann. Ihr Mindset ist: Wir haben schon so viel Zeit, Geld und Energie in dieses Projekt investiert; lasst es uns jetzt zu Ende führen.

Wer sich diesem Mindset nicht anschliesst, hat im Tiefenlagerprojekt eine undankbare, aber wichtige Aufgabe. Die Standard-Antwort der Nagra ist: «Wir prüfen alles, und auf diese Frage gibt es eine Antwort.» Wenn die Antwort noch nicht vorliegt, wird sie bestimmt noch kommen, und zwar derart, dass das Tiefenlagerprojekt selbstverständlich in seiner Einbahnstrasse weiter vorankommt. Mit der Möglichkeit, dass in dieser Einbahnstrasse Hindernisse auftauchen, die eine Umkehr erzwingen, rechnet heute bei der Nagra niemand mehr wirklich. Man ist sich seiner Sache so sicher und derart auf die gewählte Lösung

fixiert, dass man kein Auge und kein Ohr mehr für Alternativen hat. Dass man ein allfälliges Referendum nicht als willkommene Diskussionsplattform, sondern als Projektrisiko einstuft. Spätestens jetzt sollten die Alarmglocken läuten.

Der grösste Schwachpunkt im Schweizer Tiefenlagerprojekt ist das völlige Fehlen eines Plans B. Der CEO der Nagra hat dieses Fehlen öffentlich eingestanden. Aber kein Projekt dieser Grössenordnung kommt ohne eine saubere Risikoanalyse aus, und keine Risikoanalyse ist ohne alternative Optionen vollständig. Entweder die Nagra hat ihre Risikoanalyse diesbezüglich nicht zu Ende geführt, dann wäre das unverantwortlich. Oder sie hat die alternativen Optionen zwar erarbeitet, kommuniziert sie aber nicht, weil sie ja Plan A gefährden könnten. Es ist unvorstellbar, dass Bundesrat und Parlament in wenigen Jahren ein Projekt mit einer Laufzeit von 1 Mio. Jahren durchwinken, ohne Klarheit über Alternativen zu haben. Und solche gibt es.

Erstens sieht bereits das Kernenergiegesetz (KEG) Alternativen zum Erfüllen der Entsorgung vor. In Artikel 31 steht: «Die Entsorgungspflicht ist erfüllt, wenn a. die Abfälle in ein geologisches Tiefenlager verbracht worden sind und die finanziellen Mittel für die Beobachtungsphase und den allfälligen Verschluss sichergestellt sind; b. die Abfälle in eine ausländische Entsorgungsanlage verbracht worden sind.»

Das KEG denkt also bereits in Varianten. Selbstverständlich liebt die Nagra Absatz b. nicht und kontert sofort, grundsätzlich habe die Entsorgung im Inland zu erfolgen. Aber was heisst Inland in einem Projekt mit einer Laufzeit von 1 Mio. Jahren? Wenn man sich nur schon die Verschiebung der Landesgrenzen in den vergangenen 3000 Jahren vor Augen führt (also 3 Promille der

* Das Unabhängige Schweizer Begleitgremium Tiefenlager (USBT) ist ein Zusammenschluss von Tiefenlagerexperten aus Wissenschaft, Technik und Wirtschaft mit langjähriger Erfahrung in der Problematik der Radioaktiven Abfälle. Es ist Staats- und Organisationsunabhängig und stellt die dringend nötigen, unangenehmen Fragen zum Schweizer Sachplan geologisches Tiefenlager.

Laufzeit), wird offensichtlich, dass die strikte Eingrenzung auf das heutige Territorium der Schweiz keinen Sinn macht, falls es ausserhalb unserer heutigen Grenzen bessere Lösungen gibt.

Zweitens fehlt beim heutigen Nagra-Enstorgungsvorschlag jegliche Berücksichtigung der technischen Entwicklung. Die qualitativ hochwertigen, hochreinen Uranstäbe werden derart massiv im Untergrund verlockt und eingebuddelt, dass es bei Serienreife neuer Technologien nur schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen völlig unsinnig wäre, an ein Rückholen zu denken. Die theoretische Möglichkeit der vielgepriesenen Rückholung ist ein Feigenblatt und keine Alternative im hier geforderten Sinn.

Drittens schliesst die Nagra viele intelligente Zwischenlösungen aus. Not invented here, scheint man zu hören. Es ist unbestrittenemassen keine gute Idee, die

Abfälle dort zu belassen, wo sie sich heute befinden – oberirdisch, nur durch Kastorbehälter geschützt und rund um die Uhr bewacht. Alternativen zu denken bedeutet aber, offen zu sein für neue Ideen und diese gleichbedeutend mit Plan A profund zu evaluieren. Warum kein Tiefen-Zwischenlager? Einfacher, weniger teuer, aber eine valable Übergangslösung, bis man weiss, was man mit den Abfällen machen kann? Oder eine Kavernenzwischenlagerung in einem der stillgelegten Militärflugplätze in den Alpen? Und so weiter.

Wer solche Vorschläge macht, erntet bei der Nagra und dem zuständigen Bundesamt nur Kopfschütteln. Das ist nachvollziehbar. Denn die Entsorgungspflichtigen wollen das Material so schnell wie möglich definitiv vergraben, damit sie die finanziellen Verpflichtungen los sind und das Problem dem Bund abtreten können. Offiziell argumentieren sie

damit, es sei unethisch, kommenden Generationen den eigenen Dreck zu hinterlassen. Aber ist es ethischer, kommenden Generationen eine Altlast, fest verlockt in 800 m Tiefe, zu übergeben, wo eine Bergung und Weiternutzung des Rohstoffs Uran unerschwinglich ist?

Der OPALINUS-EXCHANGE vom 7. Mai 2024 hat klargemacht, dass es im Zusammenhang mit dem Rahmenbewilligungsgesuch unverzichtbar ist, auch Alternativen mit derselben Detailtreue zu erarbeiten. Die Nagra macht es sich zu leicht, wenn sie diese Aufgabe an die Politik delegieren will. Als Beauftragte der Entsorgungspflichtigen ist es ihre ureigenste Mission, Varianten auszuarbeiten und zu präsentieren. Tut sie dies nicht, kommt der Bumerang irgendwann zurück, und sei es von künftigen Generationen. Dies zu verhindern, müsste eigentlich im Interesse der Nagra sein.

Carole Binder-Meury neue Gemeindepräsidentin in Magden und Rosmarie Groux erste Frau Gemeindeammann in Berikon



Carole Binder-Meury

Am 9. Juni wurde Grossrätin Carole Binder-Meury von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern von Magden zur neuen Frau Gemeindeammann gewählt. Bisher amtierte sie als Frau Vizeammann. Sie war für das Amt als Frau Gemeindeammann die einzige Kandidatin.

Sie erhielt 979 Stimmen. Das absolute Mehr lag bei 536 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 43,8 Prozent.

In Berikon wurde die bisherige Frau Vizeammann Rosmarie Groux als erste Frau zur Gemeindepräsidentin mit 879 Stimmen gewählt (absolutes Mehr 549). Rosmarie Groux war vier Legislaturen lang bis 2020 SP-Grossrätin.

Die SP gratuliert Carole Binder-Meury und Rosmarie Groux herzlich zu Ihrer guten Wahl und wünscht ihnen Freude und Erfolg in ihrem neuen Amt.



Rosmarie Groux

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74
sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3066

Redaktion: Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 10. Juni 2024
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 12. August 2024
Erscheinen nächste Nummer: 30. August 2024

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Moritz Bider, Stefan Dietrich, Dieter Egli, Werner Erni, Harald Jenny, Katharina Kerr, Janina Opiela, André Rehmann, Vasco Rohr, Esther Schmidt, Romano Zaugg

AGENDA

17. August | Wandern mit Regierungsrat Dieter Egli nach Oftringen–Zofingen

24. August, Arbeiterstrandbad Tennwil Strandbadweg 1, Tennwil | Ausserordentlicher Parteitag & Fest der Solidarität

21. September | Wandern mit Regierungsrat Dieter Egli nach Wettingen–Baden

20. Oktober 2024 | Wahlen in den Regierungsrat und in den Grossen Rat

12. November, Auenhalle, Stäpflistrasse, Aarau Rohr Präsidienkonferenz

Infos zu den einzelnen Anlässen folgen